

COMPUTERWOCHE

Ausgabe 2022 – 45-46 7. November 2022 Nur im Abonnement erhältlich

VOICE OF DIGITAL

Behörden weiter analog

Deutsche Ämter kommen in Sachen eGovernment kaum voran

Seite 6

SAP muss liefern

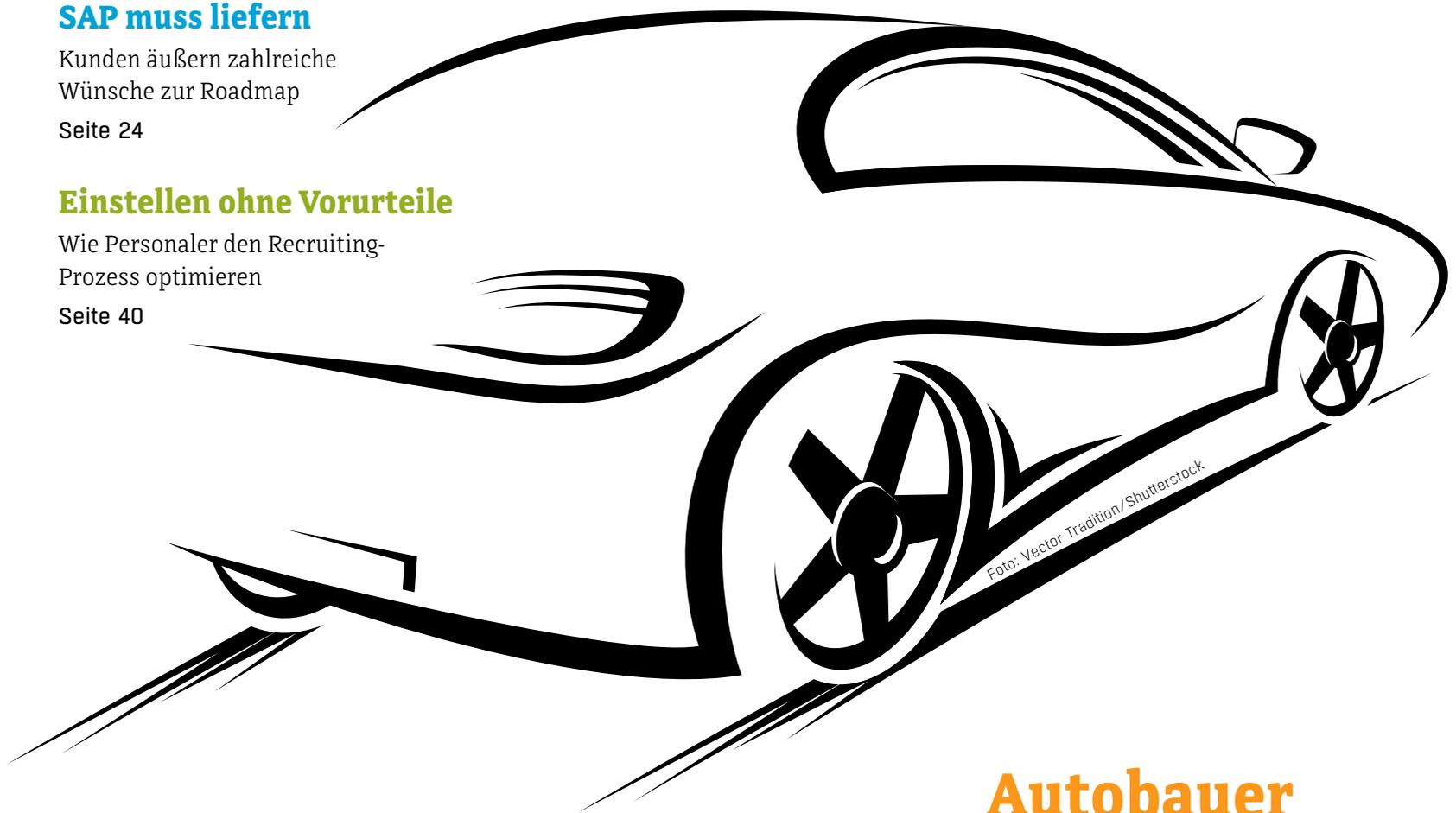
Kunden äußern zahlreiche Wünsche zur Roadmap

Seite 24

Einstellen ohne Vorurteile

Wie Personaler den Recruiting-Prozess optimieren

Seite 40



Autobauer unter Druck

Immer größere Teile der Wertschöpfung stecken in der Software. Doch Autohersteller sind (noch) keine Softwarehäuser.

Seite 26

eGovernment 2022: Franz Kafka lässt grüßen

**Es geht noch schlechter – wer hätte das gedacht?
Die Ergebnisse des jüngsten eGovernment-
Monitors der Initiative D21 sind verheerend.
Gebraucht wird politischer Wille zur Veränderung.**

Mal eben den neuen Wohnsitz anmelden, einen Personalausweis beantragen oder eine Genehmigung einholen: Dafür braucht es hierzulande in der Regel immer noch den guten alten Behördengang (siehe Seite 6). Immerhin lässt sich jetzt öfter mal digital ein Termin im Amt vereinbaren – was für ein Fortschritt! Und was für eine unfreiwillige Komik. Machen wir uns nichts vor: Digitalisierung ist hierzulande seit vielen Jahren ein zäher Prozess. Daran hat nicht einmal die enorme Dringlichkeit während der Pandemie etwas geändert. Und das Onlinezugangsgesetz, demzufolge bis Ende 2022 alle 575 Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen digital verfügbar sein sollen? Netter Versuch. Derzeit sind knapp 80 dieser Leistungen verfügbar, viel mehr werden es wohl auch bis Ende Dezember nicht sein.

Vorschläge, wie mehr Bewegung in behördliche Prozesse kommen könnte, gibt es viele. Oft fallen Begriffe wie eID, digitale Signatur oder eAkte – also Infrastrukturinitiativen, mit denen Grundlagen geschaffen werden könnten. Doch das ist nur der technische Aspekt. Organisation, Management, Prozesse und übergreifende Zusammenarbeit sind genauso wichtig. Wenn Planungs- und Genehmigungsverfahren sich über Jahre hinziehen, dann steckt der Wurm in der schlechten Aufbau- und Ablauforganisation und der fehlenden „Ende-zu-Ende“-Verantwortung. In Deutschland entfernen sich Politik und Behörden immer weiter von den Bürgern. Das Vertrauen schwindet, und die Regierung verschlimmert die Situation, indem sie kopflös neue Gesetze und Verordnungen beschließt, ohne an deren Umsetzung zu denken. Eine digitale Verwaltung wird es nur geben, wenn es den politischen Willen gibt, anzupacken und aus dieser kafkaesken Situation herauszukommen. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Herzlich,
Ihr

Heinrich Vaske, Editorial Director



Heinrich Vaske,
Editorial Director



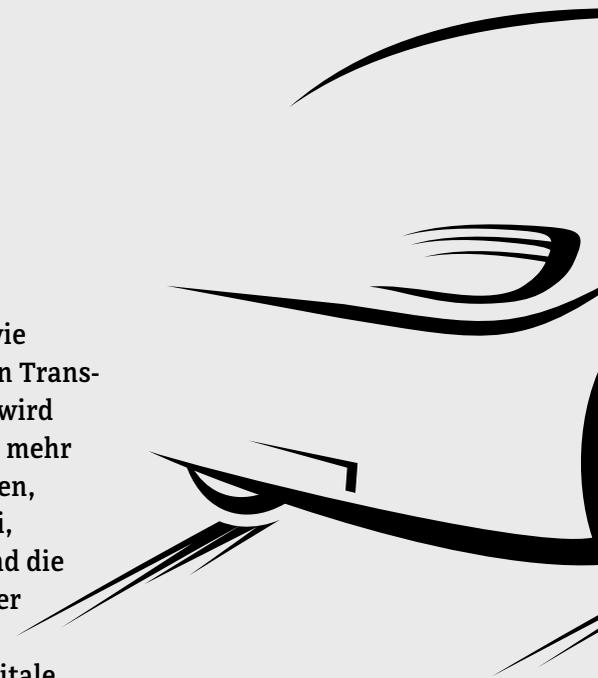
Sichere Behörden-Cloud:

Mit seiner Cloud for Sovereignty spricht Microsoft gezielt Kunden des öffentlichen Sektors an.
www.cowo.de/a/3553785

▶▶ 26

„Computer auf Rädern“ – wie der digitale Wandel die Autobauer fordert

Die deutschen Autobauer stecken genauso wie ihre weltweiten Wettbewerber in der größten Transformation ihrer Geschichte. Wertschöpfung wird künftig immer weniger mit Blech und immer mehr mit Software und Services erzielt. Volkswagen, Mercedes-Benz und BMW sind deshalb dabei, ihre Geschäfte von Grund auf umzubauen und die Softwareentwicklung in den Mittelpunkt aller Bemühungen zu stellen. Es geht dabei nicht nur um das Betriebssystem im Fahrzeug, digitale Services oder Apps. Genauso sind die Abläufe in der Produktion und das Lieferketten-Management vom digitalen Wandel betroffen.



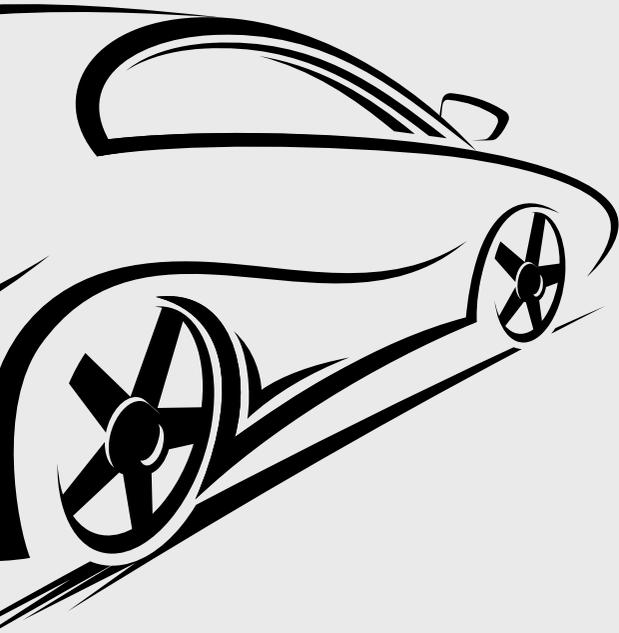
Markt

- 6 eGovernment kommt nicht voran**
In ihrem jüngsten eGovernment-Monitor stellt die Initiative D21 den deutschen Behörden erneut kein gutes Zeugnis aus. Die Ziele des Onlinezugangsgesetzes werden klar verfehlt.
- 8 Viel Arbeit für Elon Musk**
Nachdem der neue Twitter-Chef das Management und viele Mitarbeitende entlassen hat, muss er sich überlegen, wo er die Grenze zwischen freier Rede und Hatespeech ziehen will.
- 10 CIO des Jahres – die Gewinner**
In München wurden die CIOs des Jahres 2022 im Rahmen einer feierlichen Galaveranstaltung ausgezeichnet. Viel Applaus bekam die Schirmherrin Judith Gerlach, Bayerns Staatsministerin für Digitales.



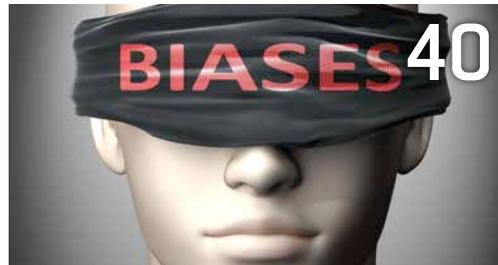
Technik

- 12 Google öffnet Workspace-Suite**
Google versucht mit einem alternativen Ansatz, Boden gegenüber Microsofts Office-Welt gutzumachen: Die Kollaborations- und Produktivitätsplattform Workspace soll künftig Tools und Produkte Dritter einbinden.
- 16 Neue Services für die Azure-Cloud**
Anlässlich seiner Technologiekonferenz Ignite 2022 präsentierte Microsoft über 100 neue Services und Aktualisierungen. Im Mittelpunkt standen Neuheiten für die Cloud-Plattform Azure, Microsoft 365 und Teams.
- 24 SAP-Anwender stellen Forderungen**
Vertragsgestaltung, Roadmaps, Schnittstellen: SAP-Anwender haben ihrem Haus- und Hoflieferanten eine lange Wunschliste vorgelegt.



Praxis

- 32 Gartner stellt IT-Megatrends vor**
Die Analysten von Gartner haben auf ihrem IT-Symposium/Xpo in den USA, die aus ihrer Sicht wichtigsten Technologietrends präsentiert. Nachhaltigkeit, das Metaverse und Super-Apps gehören dazu.
- 36 UBS-Bank setzt auf die Cloud**
Die Schweizer wollen ihre zentralen Bankensysteme in Microsofts Azure-Cloud verlagern. Mehr als die Hälfte aller UBS-Anwendungen, darunter auch geschäftskritische, sollen künftig in der Public Cloud laufen.
- 38 Keine Videokonferenzen im Büro**
Slack-Gründer Stewart Butterfield rät Firmen, ihre Angestellten keine Zoom- oder Teams-Konferenzen im Firmenbüro abhalten zu lassen.



Job & Karriere

- 40 Mehr Fairness im Job-Interview**
Abteilungsleiter und Personalverantwortliche haben – wie alle Menschen – Vorurteile. In Einstellungsgesprächen kann das zu einer falschen Wahrnehmung von Bewerbern führen. Wir geben Tipps, wie die Beurteilung fair verläuft.
- 42 Wie Alt und Jung besser kooperieren**
Die Bahn hat einen „Werkzeugkasten“ für Führungskräfte zusammengestellt, damit jüngere und ältere Beschäftigte besser zusammenarbeiten können.
- 44 Von Entwicklern lernen, heißt ...**
In der Arbeitswelt der Softwareentwickler ist Peer-to-Peer-Learning selbstverständlich. Arbeitgeber sollten einen Rahmen setzen, in dem die Beschäftigten von- und miteinander lernen.
- 47 Stellenmarkt**
- 49 Impressum**
- 50 IT in Zahlen**

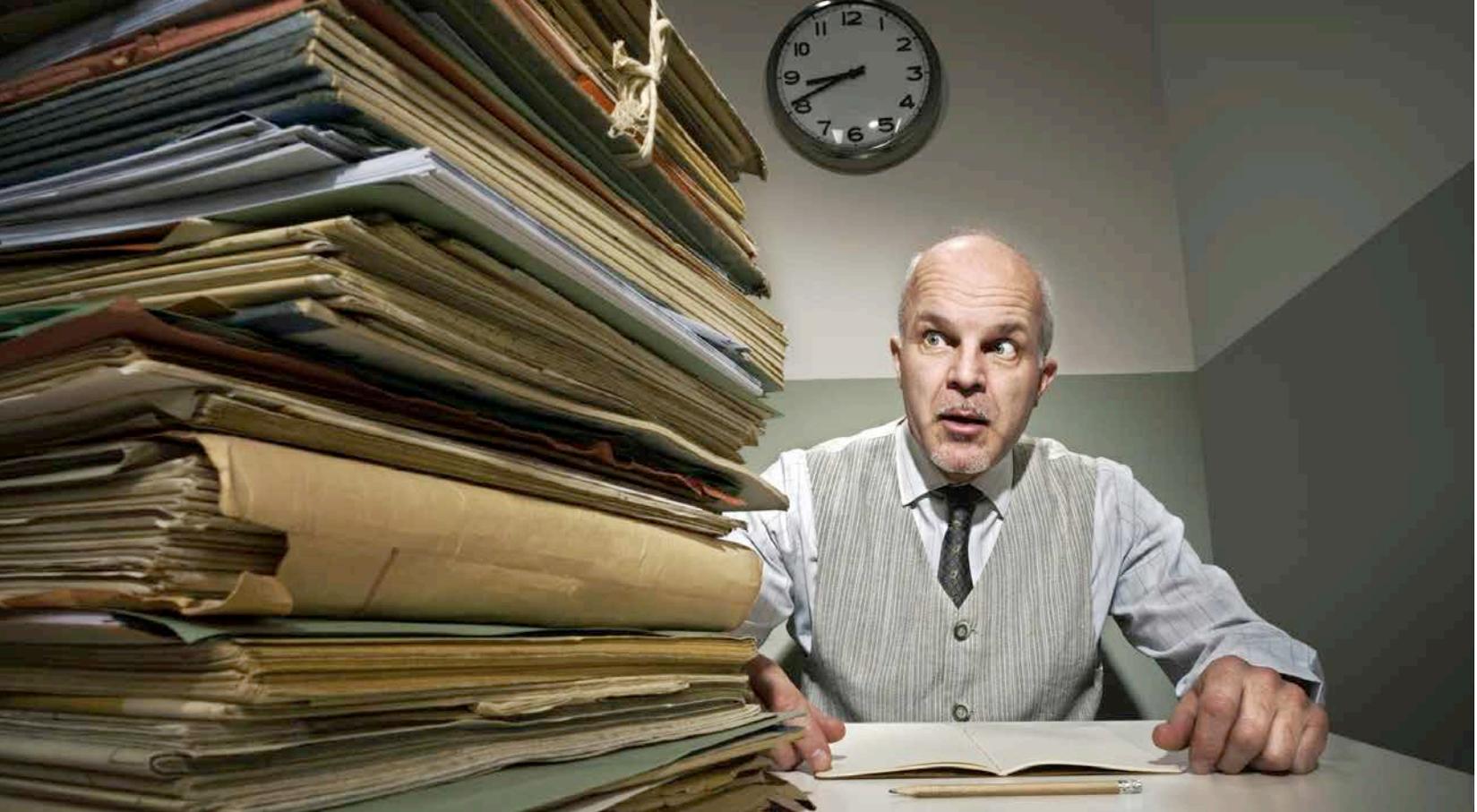


Foto: Stokkete/Shutterstock

eGovernment-Monitor 2022: Der Frust über die deutsche Verwaltung wächst

Mit der Digitalisierung des Behördenapparats geht es hierzulande nur schleppend voran. Komplizierte Verfahren und Strukturen verärgern die Bürgerinnen und Bürger.



Von Martin Bayer,
Deputy Editorial Director

Lena-Sophie Müller, Geschäftsführerin der Initiative D21, kommentiert den diesjährigen eGovernment-Monitor wie folgt: „Die Studie zeigt eine zunehmende Frustration der Bürgerinnen und Bürger angesichts des Stillstands auf dem Weg zu einem leistungsstarken, digitalen Staat.“ Im Vergleich zur Vorjahresumfrage sind die Barrieren für die Nutzung von digitalen Verwaltungsangeboten aus Sicht der Befragten sogar noch einmal höher geworden. Fast die Hälfte klagt über die komplizierte Abwicklung von Verwaltungsvorgängen inklusive Medienbrüchen (47 Prozent, ein Plus von sieben Prozentpunkten) sowie die undurchschaubaren Strukturen der staatlichen Behördenangebote (46 Prozent – plus fünf Prozentpunkte).

Die Bemühungen der öffentlichen Hand, ihr Digitalangebot auszubauen, haben bis dato

wenig gebracht. Im Gegenteil: Ines Mergel, Professorin für Digital Governance an der Universität Konstanz, spricht von einer Verschlimmbesserung der Behördenangebote. „Die Auffindbarkeit von digitalen Verwaltungsangeboten auf den Websites der Behörden und Ämter hat sich wesentlich verschlechtert“, stellt Mergel fest. Es sei überraschend, dass gerade in den Pandemie Jahren, in denen Verwaltungsdienstleistungen nur noch eingeschränkt in analogen Formaten angeboten werden konnten, keine deutliche Steigerung der Nutzung festzustellen gewesen sei.

eGovernment-Nutzung stagniert

Insgesamt stagniert der Anteil derer, die digitale Verwaltungsangebote nutzen. 54 Prozent der Befragten haben in den vergangenen zwölf Monaten auf ein eGovernment-Angebot zurückgegriffen, zwei Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Damit liegt die Quote exakt auf dem Niveau des Jahres 2020. Es sei kaum Bewegung zu erkennen, wenn es um die Nutzung digitaler Verwaltungsleistungen geht, lautet das Fazit der Studienautoren. Vor allem die Älteren fremdeln mit den Online-Offerten der deutschen Behörden. Von den über 55-Jährigen nutzt nicht einmal die Hälfte eGovernment-Angebote.

Stellenstreichungen und mehr: Was Elon Musk mit Twitter vorhat

Tesla-Chef Elon Musk muss sich nach seiner abenteuerlichen Twitter-Übernahme nicht nur mit Personalabbau beschäftigen. Noch schwieriger wird die Entscheidung, wer auf Twitter künftig was publizieren darf.

Trump und Medwedew gratulieren

Zu den Freunden von Musk, der sich selbst als „Freie-Rede-Absolutisten“ bezeichnet hat, gehört der ehemalige US-Präsident Donald Trump. Er war wegen des Vorwurfs der Anstiftung zur Gewalt nach dem Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 dauerhaft von Twitter verbannt worden. Trump, der daraufhin seine eigenes Social Network Truth Social gegründet hat, kündigte bislang nicht an, wieder auf Twitter zu posten, begrüßte aber die Übernahme. „Ich bin sehr froh, dass Twitter jetzt in vernünftigen Händen ist und nicht mehr von linksradikalen Spinnern und Verrückten betrieben wird, die unser Land wirklich hassen.“ Auf Truth Social will Trump in jedem Fall weiter veröffentlichen.

Ein weiterer Sympathisant von Elon Musk sitzt in Moskau: Dmitri Medwedew, ehemaliger russischer Präsident und derzeit stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates, twitterte seine Glückwünsche: „Viel Glück @elonmusk bei der Überwindung politischer Voreingenommenheit und ideologischer Diktatur auf Twitter. Und lassen Sie die Sache mit Starlink in der Ukraine sein.“ Auch Margarita Simonjan, Chefredakteurin des staatlich kontrollierten russischen Senders RT, forderte Musk auf, die Konten von RT und Sputnik wieder zu öffnen.

Wie die New York Times (NYT) berichtet, hat Elon Musk nach seiner 44 Milliarden Dollar teuren Übernahme von Twitter damit begonnen, Beschäftigte zu entlassen. Das Medium bezieht sich auf „Personen, die mit der Angelegenheit vertraut sind.“ Musk habe Personalabbau im gesamten Unternehmen angeordnet, wobei einige Teams stärker als andere beschnitten werden sollen, sagten drei Personen gegenüber der NYT, die aus Angst vor Konsequenzen nicht genannt werden wollten. Wie weit die Personaldecke ausgedünnt wird, ist noch unklar. Twitter beschäftigt rund 7.500 Mitarbeitende. Die NYT zitiert Ross Gerber, Geschäftsführer von Gerber Kawasaki Wealth and Investment Management. Ihm sei von Jared Birchall, dem Leiter von Musks Family Office, mitgeteilt worden, dass „etwa 50 Prozent der Mitarbeitenden gehen müssen.“

Zuvor hatte Musk als erste Amtshandlung den Twitter-CEO Parag Agrawal gefeuert, ebenso Finanzchef Ned Segal und die Leiterin der Rechtsabteilung Vijaya Gadde. Den Managern warf er vor, die Twitter-Investoren und ihn selbst mit falschen Zahlen über Fake-Konten in die Irre geführt zu haben. Tatsächlich hat sich der Verfechter „freier Rede“ aber auch über die vielen Kontensperrungen geärgert, die auf das Ex-Führungstrio zurückgehen. Außerdem hatte ihm der Vorstand mit der altbewehrten Verhinderungsstrategie einer Poison Pill beim Versuch der Übernahme Steine in den Weg gelegt. Diese Giftpille sah vor, dass andere Aktionäre zusätzliche Anteile mit einem kräftigen Rabatt erwerben können, sobald eine Person oder Gruppe ohne Zustimmung des Vorstands 15 Prozent oder mehr der ausstehenden Twitter-Stammaktien kaufen will. Es gilt als wahrscheinlich, dass sich Musk als nächstes mit

den Ex-Vorständen über die fälligen Abfindungen streiten wird. Eigentlich sollten diese gemäß der Fusionsvereinbarung eine Entschädigung von 20 bis 60 Millionen Dollar erhalten, wenn sie entlassen würden. Musk hat den Rauswurf nun aber nach eigener Darstellung aus einem „besonderen Anlass“ vollzogen, weshalb Beobachter glauben, der Tesla-Chef wolle dem Trio Verfehlungen nachweisen, um die Abfindungszahlungen zu umgehen.

Gratwanderung für Elon Musk

Wie Reuters berichtet, soll Musk kurz nach Bekanntgabe der Übernahme bereits mit Bitten und Forderungen von Inhabern gesperrter Accounts überschwemmt worden sein. In einem offenen Brief an Werbekunden schrieb Musk, er müsse sein Versprechen einhalten, die Meinungsfreiheit wiederherzustellen, dabei aber verhindern, dass die Plattform zu einer „Höllenlandschaft“ mutiere. Wie gefährlich dieser Spagat für ihn werden könnte, zeigte eine erste Reaktion von General Motors: Das Unternehmen kündigte an, vorerst keine Werbung mehr auf Twitter zu schalten und abzuwarten, wie sich das Netzwerk weiterentwickeln werde.

Musk hat derweil deutlich gemacht, dass er nicht gedenke, alle Schleusen sofort zu öffnen und sämtliche gesperrten Accounts wieder zuzulassen. Stattdessen kündigte er an, dass er eine Art Beirat gründen wolle, der sich mit inhaltlichen Fragen befassen soll. Daran tut er wohl auch gut, denn je mehr Querdenker, Verschwörungstheoretiker oder Antidemokraten er auf seiner Plattform duldet, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass nicht nur Werbepartner, sondern auch prominente Nutzer und Influencer abwandern. (hv)